

„International Crisis Group“: Erklärung zu Syrien¹

In der Annahme, dass der US-Kongress sie autorisiert, wird Washington (gemeinsam mit einigen Alliierten) in Kürze militärische Schläge gegen syrische Ziele starten. Wenn dies geschieht, wird eine solche Aktion aus Gründen geschehen, die weitgehend gegen die Interessen des syrischen Volkes sind. Die Administration hat die Notwendigkeit genannt, einen Einsatz chemischer Waffen zu bestrafen, ihn abzuschrecken und ihn zu verhindern – ein vertretbares Ziel, obwohl Syrer unter weit todbringenderen massenhaften Gräueltaten während des Konflikts gelitten haben, ohne dass sie eine solche kollektive Aktion zu ihrer Verhinderung ausgelöst hätten.

Die Administration bezieht sich außerdem auf die Notwendigkeit, angesichts der von Präsident Obama erklärten „roten Linie“ gegen den Einsatz chemischer Waffen Washingtons Glaubwürdigkeit zu schützen – erneut ein verständliches Ziel, auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass es sehr auf Zustimmung unter Syrern trifft. Ganz abgesehen vom Empörungsgerede, der Abschreckung und der Wiederherstellung der amerikanischen Glaubwürdigkeit muss die

¹ International Crisis Group: Syria Settlement. September 2, 2013. Die International Crisis Group (ICG) wurde 1995 gegründet und ist eine NGO, die Analysen und Lösungsvorschläge zu internationalen Konflikten liefert. Sie wird wesentlich von westlichen Regierungen, Stiftungen und Konzernen finanziert und gilt als maßgebliche Ansprechpartnerin für Regierungen und internationale Institutionen wie die UNO, die EU und die Weltbank. Der Beirat der ICG besteht aus ehemaligen international bekannten Politikern und Diplomaten. Aus Deutschland gehört ihm Joschka Fischer an. Externe deutsche Berater sind der frühere Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, der ehemalige Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Christoph Bertram und Ute Zapf, die Vorsitzende des „Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. Übertragung aus dem Englischen von Reiner Bernstein, München. Zum Verlauf der politischen und diplomatischen Diskussionen um einen Militärschlag s. die Menüleiste „Chronologie 2013“ der Homepage www.reiner-bernstein.de.

Priorität beim Wohlergehen des syrischen Volkes liegen. Ob militärische Schläge befohlen werden oder nicht –: Das [Wohlergehen] kann nur durch einen nachhaltigen Waffenstillstand und einen vollständig akzeptierten politischen Übergang erreicht werden.

Im Vorhinein die Auswirkungen eines amerikanischen Angriffs zu ermessen und ungeachtet seines Ausmaßes und der Bemühungen, ihn gründlich zu berechnen, ist *per definitionem* eine plumpe Mission. In einem Konflikt, der sich zu einer tödlichen inneren Angelegenheit entwickelt hat – und zwar in einer Region, die nahe am Siedepunkt ist –, wird [der Militärschlag] ein starkes Element der Unsicherheit einführen. Noch können mehrere Beobachtungen gemacht werden, was zu tun und was nicht zu tun ist:

- Ein militärischer Angriff wird und kann nicht einmal mit minimaler internationaler Zustimmung rechnen. In diesem Sinne wird der Versuch, stichfeste Beweise mit dem Einsatz chemischer Waffen durch das Regime zu begründen – so sehr er notwendig ist –, ein Fehlschlag sein. Mit den falschen Vorwänden, welche der amerikanischen Invasion des Irak 2003 zugrunde lagen und die später die regionale und internationale Polarisierung auf die Dynamiken des Syrien-Konflikts übertrug – Beweise, die von den USA vorgetragen worden sind –, werden nicht ausreichen, die Zweifler und den breiten Skeptizismus zu besänftigen.
- Als Signal mag er [der Angriff] künftig den Einsatz chemischer Waffen entmutigen, im Falle der Rückfälligkeit noch härtere Strafmaßnahmen einzusetzen – ein wichtiges Ziel in sich selbst. Sollte jedoch das Regime den Kampf um sein Überleben aufnehmen, könnte diese Überlegung nicht [übermäßig] schwer wiegen. Feinde innerhalb der Opposition könnten außerdem versucht sein, solche Waffen einzusetzen und dafür das Regime

verantwortlich zu machen, um eine neuerliche US-Intervention heraufzubeschwören.

- Er [der Angriff] könnte eine Eskalation der Gewalt in Syrien auslösen, für die das Regime Vergeltung an den Rebellen und in Gebieten nimmt, die von Rebellen gehalten werden, während die Opposition die Gelegenheit nutzt, eigene Gewinne durchzusetzen.

- Eine größere regionale und internationale Eskalation (wie Vergeltungsmaßnahmen des Regimes, Irans oder der Hisbollah, besonders gegen Israel) ist denkbar, aber nicht wahrscheinlich angesichts der damit verbundenen Risiken. Doch dies hängt von der Stärke der [Militär-]Schläge ab.

- Ein Militärschlag der USA, der nicht darauf abzielt, den Sturz des Regimes zu erreichen, dürfte kein auf Dauer angelegtes Resultat für die Machtbalance vor Ort sein. Das Regime könnte einen Propagandasieg mit der Behauptung erringen, dass es den USA standgehalten habe, und die öffentliche Meinung zu Hause und regional gegen den Westen mit einem antiimperialistischen Mantra um sich scharen.

Schließlich stellt sich die generelle Frage bei einem möglichen Militärschlag, ob danach diplomatische Bemühungen um das Ende des Konflikts neuen Schwung bekommen können. Klevere Leute behaupten, dass dies nicht geschehen werde: Im Gefolge eines Angriffs, den sie als illegal und illegitim verurteilen, werden das Regime und seine Verbündeten vermutlich nicht bereit sein, mit den USA zu verhandeln. Den [Militär-]Schlag so hart auszuführen, dass er ihre Berechnungen ändert, aber nicht so hart, dass er Vergeltung auslöst oder die Diplomatie behindert, ist eine theoretische Verlockung. Praktisch jedoch ist [dieser Ansatz] nicht tauglich.

Ob die USA eine militärische Offensive starten oder nicht, bleibt es beim Versuch in ihrer Verantwortung, Chancen für einen diplomatischen Durchbruch zu optimieren. Dies erfordert ein zweifaches Bemühen, das bisher fehlt: die Entwicklung eines realistischen Kompromisses mit einem politischen Angebot sowie ein echtes Zugehen auf Russland und China in einer Weise, die erkennbar deren Interessen einbezieht, statt in einen langen Konflikt zu investieren, der eine anscheinend endlose Kraft zur Eskalation in sich birgt.

In diesem Geiste sollten die USA – und dies sollten Syriens Verbündete ernsthaft und konstruktiv bedenken – einen Vorschlag auf der Grundlage folgender Elemente unterbreiten:

1. Es ist zwingend, dass dieser Krieg beendet wird. Die Eskalation, die regionale Instabilität und die internationale Einbindung laden unvermeidlich zur Hartnäckigkeit ein und dienen den Interessen keiner Partei.
2. Der einzige Ausweg ist politischer Art. Dies setzt weitreichende Konzessionen und die Verminderung der Forderungen seitens aller Parteien voraus. Der einzige dauerhafte Ausweg ist ein Kompromiss, der die Interessen aller syrischen Beteiligten schützt und die regionale strategische Balance widerspiegelt, statt sie verändern zu wollen.
3. Die syrische Krise bietet eine wichtige Chance für den Test, ob die USA und die Islamische Republik Iran bei regionalen Themen zusammenarbeiten können, um die Stabilität wiederherzustellen.
4. Ein dauerhafter politischer Ausweg in Syrien kann nicht erreicht werden, wenn die gegenwärtige Führung auf unabsehbare Zeit an der Macht bleibt. Dennoch können die USA bei der Zeitachse und bei spezifischen Modalitäten flexibel bleiben.

5. Die USA sind sehr daran interessiert, den Zusammenbruch des syrischen Staates zu verhindern, der in ein politisches Vakuum münden würde. Deshalb sollte das Ziel bei einem Übergang liegen, der auf den bestehenden Institutionen aufbaut, statt sie zu ersetzen. Das gilt vor allem hinsichtlich der Armee.

6. Die Priorität muss darin bestehen sicherzustellen, dass keine Komponente der syrischen Gesellschaft auf Vergeltung, Diskriminierung oder Marginalisierung im Kontext einer ausgehandelten Regelung abzielt.

Ein solcher Vorschlag sollte dann die Grundlage für weiterführende Bemühungen Lakhdar Brahimis, des gemeinsamen Botschafters der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, sein und schnell zur Genfer-II-Konferenz führen.

Die Debatte über einen möglichen [Militär-]Schlag – seine Klugheit, sein ins Auge gefasstes Ausmaß und seine Legitimität ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – hat zur Verdunkelung und zu Abweichungen von dem geführt, was das überragende internationale Hauptanliegen sein sollte: Wie kann die Suche nach einer politischen Regelung revitalisiert werden? Jenseits der Diskussionen um seine Legitimität sollte jede in Aussicht genommene Militäraktion auf der Grundlage dessen beurteilt werden, ob sie jenes Ziel fördert oder es weiter verzögert.
